

Protest und Solidarität

Herausforderungen für Sri Lanka

Shreen Saroor

Am Ostersonntag explodierten Bomben an mehreren Stellen in Sri Lanka, die sich vor allem gegen christliche Einrichtungen gerichtet hatten und 250 Menschen das Leben kosteten. Ausgeführt wurden die Verbrechen von islamistisch orientierten Extremisten. Es hätte die Zeit sein können, für einen Moment innezuhalten, gemeinsam zu trauern (es gab viele Kondolenzbezeugungen an christliche Einrichtungen aus der muslimischen Nachbarschaft) und einen Weg aus dem Hass heraus zu finden. Stattdessen nutzten buddhistisch beeinflusste Extremisten die angespannte Situation, ihrerseits gegen Muslime und Flüchtlinge aus Pakistan und Afghanistan zu hetzen. Unter anderen Vorzeichen trudelt Sri Lanka in eine neue Spirale der Gewalt.

Die Vermieter von Unterkünften für muslimische Flüchtlinge wurden von wütenden Mobs mit singhalesischem und buddhistischem Hintergrund unter Druck gesetzt, Migrant(inn)en vertrieben. Sie mussten Polizeischutz suchen. Anfang Mai, am Vorabend des Ramadan, griff eine aufgestachelte Menge Geschäfte, Häuser und Fahrzeuge in muslimischem Besitz in der Umgebung von Negombo an. Viele hatten Angst, Moscheen zum Abendgebet zu besuchen. Jüngst bezeichnete der oberste Mönch der *Asgiriya*-Buddhisten die Muslime als „Verräter“, die „nicht in Freiheit leben dürfen“, und forderte einen Boykott muslimischer Geschäfte und Restaurants. Ein Vorsitzender der örtlichen Behörde führt einen Versuch an, Stände muslimischer Anbieter auf einem lokalen Markt unter dem Vorwand der Sicherheit zu schließen.

Die Reaktionen: unzureichend und willkürlich

Der Staat und seine Regierung hatten und haben die Gewalt nicht verhindert. Lediglich, und geradezu ausgerechnet, die Muslime in der Regierung mit dem Rang eines Ministers oder Staatssekretärs traten zurück, um der Gewalt ei-

nen Nährboden zu entziehen. Hingegen haben nach den Osterattacken die Behörden im ganzen Land muslimische Männer auf der Grundlage des Gesetzes über Notstand und Terrorismusprävention (PTA) willkürlich verhaftet und zusammengetrieben. In Dharga-Stadt und Akurana wurden Muslime verhaftet, die Korane besaßen oder Notizbücher mit arabischer Schrift hatten. In Panadura wurde ein muslimischer Jugendlicher verhaftet und im Rahmen des PTA zu 90 Tagen Untersuchungshaft verdonnert, weil er eine Bibel in seinem Haus hatte. Aus Angst vor Verhaftung begannen einige Muslime, ihre Quran-Notizen in den Müll zu werfen und Notizbücher mit arabischer Schrift zu verbrennen. Ein Vater und ein Sohn in Mannar wurden verhaftet, weil sie in ihrem Waschraum Chlor hatten, und beschuldigt, C4-Sprengstoff besessen zu haben.

Eine mittellose muslimische Frau wurde inhaftiert, weil sie ein Kleid trug, auf dem angeblich das den Buddhisten heilige *Dharma-Chakra* aufgenäht war, während tatsächlich ein Schiffsradd abgebildet war. Rund 2000 Muslime, überwiegend Männer und einige wenige Frauen wurden inhaftiert. Die Regierung verbot in Reaktion auf die

Angriffe am Ostersonntag Gesichtsschleiers und erließ Rundschreiben, die das Tragen üblicher Kleidungsstücke durch Muslime ebenfalls untersagten, so Kopftuch, Schal oder *Schalwar-Kameez*-Gewänder. Es ist bezeichnend, dass nach Angriffen muslimischer Männer in westlicher Kleidung und mit Rucksäcken der Staat seine erste Aufgabe darin sieht, den Körper und die Kleidung muslimischer Frauen zu regulieren. Seit Inkrafttreten der Beschränkung haben viele Muslime ihre Häuser nicht verlassen.

Allerdings hat auch die Zivilgesellschaft wenig unternommen, dem Hass entgegenzuwirken. In Jaffna weigerten sich Tamilen, muslimischen Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Als wären Tamilen nie mit solchen Attacken und Verfolgungen konfrontiert gewesen. Lediglich innerhalb dessen, was als Frauenbewegung zu bezeichnen wäre, gab es über mehrere Tage organisierten Protest gegen Hass, Extremismus jeglicher Art sowie die staatliche Untätigkeit, die vieles erst ermöglicht.

Schlechtes Omen?

Als im Jahr 2009 die ersten Berichte über Massenvergewaltigungen an Ta-



Muslim, der von einer Militärpatrouille kontrolliert wird.

Bild: Sri Lanka Brief

milinnen in die Öffentlichkeit drängen, herrschte Schweigen. Feministinnen und Frauengruppen fanden hierzu weltweit erst ab 2011 zur Sprache zurück. Seitdem herrscht ein grundsätzliches Misstrauen unter den Tamilinnen gegen Formen einer Solidarität, die eigentlich nur ausgeübt wird, wenn die Umstände in die Raster der Wahrnehmung passen. Es ist zu befürchten, dass Ähnliches den Muslimen und Muslima bevorsteht. Kopftuch tragende Frauen haben es anscheinend überall schwer, als selbsttätig agierende Betroffene wahrgenommen zu werden.

Die internationale Gemeinschaft verhält sich kaum besser. Auch in Europa, Heimat des Burka-Verbots, gibt es Proteste gegen islamische Kleidung. Der Westen, sonst immer bei der Terrorismusbekämpfung schnell zur Hand, hat bis heute weitgehend geschwiegen, als die muslimische Gemeinschaft in Sri Lanka Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt worden ist. Ohne Zweifel ist der Terrorismus mit der Berufung auf den Islam ein Problem, und die Angriffe am Ostersonntag waren ein Angriff auf alle in Sri Lanka. Aber buddhistischer Extremismus ist in Sri Lanka nicht weniger ein Problem, und das sollte in Regierungsverhandlungen viel deutlicher angesprochen werden. Einen Lichtblick setzte die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für

Menschenrechte, die zu Beginn der 41. Tagung des UN-Menschenrechtsrates die Gewalt in Sri Lanka nicht nur verurteilte, sondern zusagte, mit den Mitteln des UN Hochkommissariats die Situation der Minderheitenrechte in Sri Lanka tagesaktuell zu überwachen.

Vor allem aber trägt natürlich die Regierung Sri Lankas die Verantwortung, die Rechte aller ihrer Bürger/-innen zu schützen, unabhängig davon ob die Person den Singhalesen, Christen, Buddhisten, Tamilen, Hindus oder Muslimen zugehörig ist. Anstatt buddhistische Extremisten zu beschwichtigen, um in den Jahren 2019 und 2020 Stimmen bei den Wahlen zur Präsidentschaft und später zum nationalen Parlament zu gewinnen, muss es endlich eine Politik für das gemeine Volk geben. Kommunale Gewalt bedroht das demokratische Gefüge, und der Staat muss mehr tun, um dies zu verhindern. Wir wissen aus unserer jüngeren Vergangenheit, dass der Missbrauch der Exekutivgewalt Freiheit und friedliches Zusammenleben behindert und gleichzeitig Korruption und Gesetzlosigkeit Raum gibt.

Daher hat das *Women's Action Network* einen Forderungskatalog an die Regierung in Sri Lanka gerichtet und hofft gleichzeitig auf Unterstützung auch aus dem Ausland. Es wäre schön, es ginge schneller als im Jahr 2009. Eine erste Forderung verlangt nach einem öffentlichen Raum, in dem alle Menschen in Sri Lanka über die Verluste am Oster-

sonntag trauern und den Familien ihr Beileid aussprechen zu können. In diesem Zusammenhang sind auch wirkungsvolle Maßnahmen zur angemessenen Wiedergutmachung für unmittelbar Betroffene und ihrer Familienangehörigen, einschließlich der Kinder, zu treffen. Gefordert wird ebenso eine sofortige Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung der für die Aufstachelung gegen Muslime Verantwortlichen sowie die aktive Bekämpfung der Hassreden. Die Regierung müsse sicherstellen, dass Terrorismusbekämpfung auf der Grundlage eines rechtsstaatlich begründeten Verfahrens durchgeführt wird. Die Notstandsregelung, die willkürlich Frauenbekleidung kontrolliert, müsse sofort außer Kraft gesetzt werden. Schließlich sei die Idee, die Todesstrafe wieder einführen zu wollen, nicht nur schlecht sondern in seiner abschreckenden Wirkung überall auf der Welt ineffektiv.

Aus dem Englischen übersetzt von Theodor Rathgeber

Zur Autorin



Shreen Saroor is Gründerin des Frauenaaktionsnetzwerkes *Women's Action Network* und des Entwicklungsfonds für Frauen aus Mannar (*Mannar Women's Development Fund*).